



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 18. April 2013  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### ***29. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 17. April 2013,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Staatsvertrag und zum Vollzugsgesetz zur Sicherungsverwahrung ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung über die Zustimmung zu dem **Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung**, [Drucksache 18/512](#).

Die von der Fraktion der CDU und den Regierungsfraktionen vorgelegten Änderungsanträge zum Vollzugsgesetzentwurf, [Umdrucke 18/1098, 18/1100](#) und [18/1101](#), wurden jeweils mehrheitlich angenommen. In der Schlussabstimmung empfahl der Ausschuss einstimmig dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung über den **Vollzug der Sicherungsverwahrung und zur Änderung weiterer Gesetzes**, [Drucksache 18/448](#), in der dadurch geänderten Fassung.

Der Ausschuss ließ sich vom Justizministerium über die **Bildung eines Netzwerks inhaftierter Rechtsextremisten**, Antrag des Abg. Dr. Dolgner, [Umdruck 18/1071](#), sowie vom Innenminister über die **Planung zur Polizeiorganisation im Land**, Antrag der Abg. Damerow, [Umdruck 18/1077](#), und zur **Refugee Bus Tour in Neumünster am 17. März 2013**, Antrag des Abg. Andresen, [Umdruck 18/977](#), berichten. Hieran schloss sich jeweils eine Aussprache an.

Der Ausschuss nahm im Zusammenhang mit seinen Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Neuordnung des Glücksspiels**, [Drucksache 18/508](#) (neu), außerdem einen Bericht des Landesfeuerwehrverbandes über die Nachwuchsförderung entgegen. Hieran schloss sich eine Diskussion über das weitere Verfahren der Beratung des Gesetzentwurfs an. Der Antrag der Fraktion der FDP, die Beratungen noch in der Sitzung abzuschließen und vorbehaltlich des Votums der beteiligten Ausschüsse einen Beschluss zu fassen, wurde mit den

Stimmen der Regierungsfraktionen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt. Mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der PIRATEN und des SSW beschloss der Ausschuss, die beteiligten Ausschüsse zu bitten, ihre Beratungen zu beschleunigen und möglichst schon vor der Sommerpause zu einer Empfehlung gegenüber dem federführenden Ausschuss zu kommen.

Der Ausschuss legte fest, zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zum **Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/119](#), die Fraktionen zu bitten, bis zum 5. Juni 2013 ihre Änderungsvorschläge einzureichen und Anzuhörende für eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen zu benennen.

Er schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Gesetzentwurf zur Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Landtagswahlen**, [Drucksache 18/101](#), ab. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfahl er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Den Bericht der Landesregierung, **Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“**, [Drucksache 18/353](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Er beschloss zum Antrag der Fraktion der CDU, eine **Vorortbegehung des Zwischenlagers Brunsbüttel** durchzuführen, [Umdruck 18/1096](#), zunächst zu einer seiner nächsten Sitzungen das Innenministerium und das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume einzuladen und um einen Sachstandsbericht, insbesondere im Hinblick auf ein Sicherheitskonzept, zu bitten.

Den Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Vorbereitung der Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Landesrechnungshofs**, [Drucksache 18/604](#), setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab.

Schluss: 17:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder